

In der längeren Aussprache werden die Argumente pro/contra Optionsmodell ausgetauscht.

Frau Hartmann bedankt sich für die ausführliche Verwaltungsvorlage. Insbesondere auch die beigefügte Beschlussvorlage der Stadt Bonn habe interessante Erkenntnisse gebracht. Seitens der FDP-Fraktion werde man dem Verwaltungsvorschlag zustimmen. Die Risiken beim Optionsmodell seien zu hoch und der Handlungsspielraum zu sehr begrenzt.

Herr Dr. Peeters ist anderer Meinung. Die Nutzung des Optionsmodells beinhalte nicht so hohe Risiken wie dargestellt und ermögliche mehr Mitbestimmung. Bisher könne man beispielsweise nur über den Beirat Einfluss nehmen. Das Optionsmodell hingegen biete die Möglichkeit der echten Mitgestaltung.

Herr Sonntag erklärt, dass man in seiner Fraktion Risiken und Nutzen sehr genau abgewogen habe. Letztendlich sei man aber zu der Erkenntnis gelangt, dass die Risiken deutlich überwiegen würden. Insofern werde man auch heute dem Beschlussvorschlag zustimmen. Zwar seien die Chancen bei der Umsetzung sozialpolitischer Ziele vorhanden, die arbeitspolitischen Ziele allerdings seien durch Arbeitsagenturen besser abzudecken. Bei der Wahl des Optionsmodells stände dieses Know-How nicht mehr zur Verfügung. Besondere Probleme ergäben sich z.B. auch im administrativen Bereich. Abgesehen von der Personalsituation gelte es auch im Bereich der Datenübernahme erhebliche Arbeit zu stemmen. Hier müsse praktisch bei Null angefangen werden. Weiteres Argument sei die Verwendung von Vordrucken usw.. Diese würden zur Zeit zentral von Nürnberg aus rechtssicher zur Verfügung gestellt. Die Optionskommune habe diese Möglichkeiten nicht. Schon aus Gründen der Rechtssicherheit sei ein Verbleib bei den Jobcentern sinnvoll.

Auch Herr Langer findet die Vorlage umfangreich und aussagekräftig. Er spricht die sozialpolitische Komponente an. So seien beim Optionsmodell Ansprechpartner „vor Ort“ vorhanden. Außerdem sei dies eine klassische Aufgabe der Selbstverwaltung. Bürokratie würde durch die örtliche Gemeinde eher abgebaut. Aus genannten Gründen tendiere seine Fraktion zur Lösung Optionsmodell.

Herr Dr. Peeters sieht dies ähnlich. Die Beratung vor Ort sei eher auf die örtliche Struktur abgestellt. Die Beratung von einer zentralen Stelle aus komme diesem Gedanken nicht entgegen. Der Kreis Krefeld habe beispielsweise hiermit sehr gute Erfahrungen gemacht.

Trotz der ausführlichen Vorlage vermisst Herr Meeser die Darstellung von Erfahrungswerten anderer Optionsträger.

Der Bürgermeister teilt mit, dass es diese schlicht und einfach nicht gebe. Zwar gebe es Optionskommunen. Diese seien dies aber von Anfang an. Ihm sei keine Kommune bekannt, die später „umgeswicht“ sei. Deshalb ließen sich auch keine Erfahrungswerte darstellen.

In Bezug auf die angesprochenen Mitwirkungsmöglichkeiten verweist Frau Hartmann auf den Beirat und die Trägerversammlung. Hinsichtlich der Standortfrage sieht sie kein Problem. Die Arge werde den Standort Eitorf erhalten. Die örtliche Nähe sei somit garantiert.

Herr Zielinski sieht einen Unterschied zwischen formeller und sozialpolitischer Diskussion. Der sozialpolitische Aspekt dürfe aber nicht in den Hintergrund rücken. Beim Optionsmodell blieben

alle Mitwirkungsmöglichkeiten erhalten. Bleibe alles wie gehabt, könne man keinen Einfluss nehmen, wenn der Bund irgendwann andere Wege gehen wolle.

Herr Müller vermutet, dass sich das Optionsmodell nur erfolgreich umsetzen lasse, wenn alle Gemeinden mitmachten. Er fragt den Bürgermeister nach dessen Einschätzung zur Meinung der Kollegen.

Dr. Storch nimmt Bezug auf die letzte Kollegenkonferenz. Bei diesem Termin seien zwar nicht alle Bürgermeister zugegen gewesen. Von den anwesenden Kollegen habe jedoch keiner das Optionsmodell favorisiert.

Schließlich lässt der Bürgermeister nach der längeren Aussprache über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.